

B E S C H L U S S
des Landesvorstandes
vom 16. Februar 2008

Privatisierung der Deutschen Bahn AG ohne Schienennetz

Im Schienenverkehr herrscht aufgrund der Monopolstellung der Deutschen Bahn AG nur ein eingeschränkter Wettbewerb. Diese Marktmacht der Deutschen Bahn AG führt zu hohen Preisen und schlechten Konditionen für Kunden. Damit verbunden ist ein volkswirtschaftlicher Wohlfahrtsverlust. Eine Abänderung dieses Zustandes ist notwendig.

Die FDP Baden-Württemberg fordert deshalb die Privatisierung des Bahnbetriebs bei Belassung des Schienennetzes in der Eigentümerschaft der öffentlichen Hand.. Die Privatisierung der Deutschen Bahn AG soll daher ohne die Schieneninfrastruktur erfolgen.

Für die Durchführung dieses Konzept sprechen folgende Punkte:

- Ein fairer Wettbewerb unter Beförderungsunternehmen ist nur dann möglich, wenn alle die gleichen Rahmenbedingungen haben. Dies ist nicht gegeben, wenn einer der Konkurrenten Eigentümer des Schienennetzes ist und daher für die Benutzung überhöhte Entgelte verlangen kann. Alle Beförderungsunternehmen sollen gleichberechtigt beim Bund um Schienennutzungszeiten konkurrieren. Der Bund wird dann mit den günstigsten Anbietern Verträge abschließen.
- Das Grundgesetz gibt vor, dass der Bund dauerhaft Mehrheitseigentümer der Schieneninfrastruktur bleiben muss. Würde die Deutsche Bahn AG mitsamt des Schienennetzes privatisiert werden, müsste der Bund Mehrheitseigentümer eines weltweit agierenden Unternehmens sein, nur weil eben dieses Unternehmen das deutsche Schienennetz besitzt. Die damit verbundenen Risiken für den Steuerzahler sind nicht zu rechtfertigen. In der Gewissheit, dass die Trennung von Schienennetz und Bahnbetrieb das durchdachtere Konzept ist, akzeptiert die FDP Baden-Württemberg, dass die Privatisierung der Deutschen Bahn AG eine längere Zeit in Anspruch nehmen wird und fordert den schnellstmöglichen vollständigen Ausstieg des Bundes aus dem Bahnbetrieb der Deutschen Bahn AG als Anteilseigner.
- Des Weiteren fordert die FDP Baden-Württemberg die Landesregierung Baden-Württemberg auf, im Rahmen der laufenden Föderalismus-Diskussion und im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zur Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG (DB AG) dafür einzutreten, dass der DB AG gehörende Anlagen der Eisenbahninfrastruktur mit ausschließlich regionaler Bedeutung in das Eigentum regionaler Gebietskörperschaften übergehen. Als neue Eigentümer kommen Bundesländer, Landeseinrichtungen, Regionalverbände, Landkreise oder Kommunen in Frage. Soweit ein solcher Übergang jetzt nicht realisiert werden kann, muss zumindest die Option einer Regionalisierung von Eisenbahninfrastruktur erhalten bleiben. Diese Forderung ist jetzt in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Kapitalprivatisierung der DB AG offensiv zu thematisieren und durchzusetzen.